ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/813 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 13
Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

Der Landtag möge beschließen:

Im

Einzelplan 13	Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
Kapitel 1307	Allgemeine Bewilligungen -Kunst und Kultur-
MG 03	Denkmalpflege
Titel 893.02	Zuwendungen des Landes an nicht öffentliche Träger für die Erhaltung ausgewählter Bau- und Kunstdenkmale

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 1 064,4 TEUR um 1 564,4 TEUR auf 2 628,8 TEUR und für das Jahr 2023 von 1 064,4 TEUR um 1 564,4 TEUR auf 2 628,8 TEUR erhöht.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt wie folgt:

Im

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 463 365,6 TEUR um 1 564,4 TEUR auf 464 930,0 TEUR und für das Jahr 2023 von 218 875,0 TEUR um 1 564,4 TEUR auf 220 439,4 TEUR erhöht.

In der Titelerläuterung zu 1111-359.01 wird der Ansatz in der Zeile „Haushaltsausgleich“ in 2022 und 2023 sowie in der Zeile „Summe“ entsprechend erhöht.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Mecklenburg-Vorpommern besitzt einen einzigartigen Bestand an Kultur- und Baudenkmälern, die in besonderer Weise die Landschaft prägen. Der überwiegende Teil dieser Gebäude ist in privater Hand und wird von den Eigentümern im Regelfall mit viel Hingabe und Enthusiasmus gepflegt und erhalten. Die hohen Auflagen zur Erhaltung und Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden sorgen dabei für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Belastung von Eigentümern. Diese Mehrbelastung wird in Teilen kompensiert durch eine landesseitige Förderung. Der Mittelansatz wurde dabei in den vergangenen mindestens zehn Jahren nicht mehr an den gewachsenen Mehrbedarf und insbesondere an die stark angestiegenen Baukosten angepasst. Beidem trägt der Änderungsantrag Rechnung.